Zeitschrift: Archiv des Historischen Vereins des Kantons Bern
Herausgeber: Historischer Verein des Kantons Bern
Band: 12 (1887-1889)
Heft: 3

Artikel: Zur Geschichte der Juden im alten Bern bis 1427
Autor: Tobler, G.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-370812

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Zur Geschichte der Juden im alten Bern
bis 1427.

Von **G. Tobler.**

Die nachfolgende Geschichte der Juden im alten Bern will in bescheidener Weise ein kleiner Beitrag zur Geschichte der Juden in Deutschland überhaupt sein. Vor Allem aus erhebt sie nicht den Anspruch, nur Neues und bisher Unbekanntes zur Darstellung zu bringen. Dem kundigen Leser wird es nicht entgehen, wie viel der Verfasser dem trefflichen orientirenden Werke von Otto Stobbe verdankt, das in klarer und übersichtlicher Weise die allmälige Ausgestaltung der rechtlichen und sozialen Stellung der Juden in Deutschland veranschaulicht. Ebenso entnahm er dem verdienstlichen Buche des Pfarrers Ulrich: „Geschichte der Juden in der Schweiz (1770)“ die Kenntniss einiger wichtiger Urkunden. Da aber Ulrich's Nachrichten unvollständig sind, da Tillier in seinem grossen Geschichtswerke über Bern sich kaum die Mühe nahm, von den Juden zu sprechen, und da Leuenberger in seinen Studien zur bernischen Rechtsgeschichte in grossen Zügen nur die bekanntesten Momente aus der Geschichte der Berner Juden hervorhob, so hielt der Verfasser eine zusammenfassende Darstellung des im bernischen Staatsarchiv vorhandenen Materiales nicht für überflüssig. Der Forscher wird daraus erkennen, dass die gleichen Faktoren, welche in Deutschland die Stellung

der Juden bedingten, auch bei uns massgebend gewesen sind; in dieser Hinsicht wird die folgende Arbeit nur eine Bestätigung der bereits bekannten Thatsachen bilden, während aus etlichen Zügen eigenartig individueller Gestaltung ein, wenn auch kleiner, Neugewinn für unsere Kenntnisse hervorgehen wird.

Zweifelsohne sind die Juden mit den Römern und durch die Römer auf unsern heimischen Boden gelangt, wo sie unter den beschränkenden Gesetzen lebten, die von Konstantin an gegen sie zur Anwendung gebracht wurden [1]).

In der Lex Burgundionum, die um das Jahr 500 herum entstand, wird ihrer zum ersten Male gedacht. Darnach war die Heirat zwischen Juden und Christen verboten und wurde im Entstehungsfalle als Ehebruch betrachtet. Schlägt ein Jude einen Christen, so soll er die Hand einbüssen oder 75 Schilling Strafe bezahlen; schlägt er aber einen Priester, so büsst er sein Leben ein und sein Gut verfällt dem Staat [2]). Während die erste und die dritte Bestimmung den römischen Gebräuchen entnommen sind, kann der zweite Artikel seinen ächt germanischen Ursprung nicht verläugnen. Das Bestreben König Gundobad's, eine Verschmelzung römischer und germanischer Rechtsanschauungen behufs einer Annäherung der beiden Nationen in seiner Gesetzgebung herzustellen, zeigt sich mithin in diesen Judenbestimmungen auf das Deutlichste.

Von da an verschwinden sämmtliche Nachrichten bis zum Jahre 1259, und auch jetzt sind sie so dürftig, dass wir nur mit Mühe die rechtliche Stellung der Juden

---

[1]) Siehe darüber O. Stobbe, Die Juden in Deutschland während des Mittelalters, 1866; ein vortreffliches Werk.

[2]) Fontes rer. Ber. I, 130, 143.

zum Kaiser und zur Stadt Bern erkennen können, dass wir sogar aus Mangel an Beweisen gezwungen sind, uns mit Analogieschlüssen zu behelfen.

Die Juden hatten damals eine schreckliche Zeit hinter sich; durch die Kreuzzüge hatte sich der Hass gegen diese Ungläubigen zum religiösen Fanatismus gesteigert, der sich öfters in grauenvoller Weise in Judenverfolgungen äusserte. In diesen Zeiten hatten sich gelegentlich die Kaiser der Wehrlosen angenommen, wodurch das Abhängigkeitsverhältniss entstand, das man mit dem Begriff „Kammerknechtschaft“ bezeichnete. Daraus entwickelte sich nun mit der Zeit eine für die Juden verhängnissvolle Theorie: dass sie mit Leib und Gut dem Kaiser gehören, der in willkürlichster Weise über beides verfügen dürfe. Wie der Kaiser über seine Domänen, über Bergwerke, Zölle, Rechte aller Art, über Aemter und Würden Anordnungen traf, sie entweder in seiner Hand behielt oder an eine beliebige Person vergabte, so beanspruchte er ebenfalls das Verfügungsrecht über die Juden. So verkaufte oder verschenkte er dies neueste Regal, den Judenschutz, an Herren und Städte. Dadurch kamen die Juden aus dem kaiserlichen Schutz in denjenigen irgend eines Herrn oder irgend einer Stadt. Der Grund, der namentlich Stadtbehörden veranlasste, den Judenschutz zu erwerben, ist sehr leicht erkennbar: gewann man ja doch in den Juden tüchtige Steuerzahler und Leute, die infolge ihres Geldbesitzes den öffentlichen wie privaten Bedürfnissen aufhelfen konnten. Selbstverständlich verzichtete aber der Kaiser nicht auf das Besteuerungsrecht der Juden, welche, da sie auch den schutzgewährenden Städten Abgaben bezahlen mussten, jedenfalls bitter unter dieser Doppelbesteuerung litten.

In welchem rechtlichen Verhältniss stehen nun die Juden zu der Obrigkeit von Bern?

Da haben wir nicht ausser Acht zu lassen, dass der Aufenthalt der Juden in bernischem Gebiete erst vom Jahre 1259 an nachweisbar ist, zu einer Zeit also, als Bern unter savoyischer Schirmherrschaft stand. Nun muss die Stadt entweder von Friedrich II. oder von Peter von Savoyen den Judenschutz erhalten haben, oder sie hat sich denselben in der Zeit des Zwischenreichs aus eigenen Stücken angemasst, wie sie ja auch eine Reihe anderer Rechte dazumal an sich brachte. Es ist bekannt, dass am 16. Januar 1274 König Rudolf der Stadt „aus königlicher Milde alle Einkünfte, welche dieselbe an Gefällen, Zinsen, Bussen, die dem Reiche angehörten und die sie während des Zwischenreichs bezogen und in ihrem eigenen Nutzen verwendet hat", als zu Recht bestehend bestätigte. Wohl möglich, dass Bern auf diese Weise ebenfalls den Judenschutz sich erworben hat. Doch betrachtete sich auch hier, wie überall, der Kaiser als der eigentliche Oberherr der Juden. Dafür sprechen die beiden folgenden Belege: Als gelegentlich der ersten Judenverfolgung von 1294 der damalige König Adolf um seinen Entscheid angerufen wurde, ernannte er eine Kommission von vier Männern, bestehend aus Bischof Peter von Basel, Ritter Gottfried von Merenberg, Cuno von Berchheim, Hartmann von Ratzenhausen, die am 30. Juni des genannten Jahres einen Spruch zu Gunsten der Stadt fällten und den sowohl Adolf durch ein Schreiben vom 1. August, als auch später (29. April 1300) König Albrecht bestätigte [1]). Der Letztere bezeichnet in seinem Briefe die Juden als „camere nostre servos", d. h. als Kammerknechte. Ebenso hat später König Wenzel den gleichen Grundsatz aufrecht erhalten. In

---

[1]) Fontes III, 588, 590; IV, 20. Solothurner Wochenblatt 1828, S. 195.

einer am 2. Mai 1392 (Donnerstag nach Philipp und Jakobi) ausgestellten Urkunde beansprucht er in aller Form das Recht, die Juden in Bern, „seine Kammerknechte", besteuern zu können. Wohl verzichtet er für die nächsten sechs Jahre zu Gunsten der Stadt auf diese Steuer, nachher aber soll sie wieder in die königliche Schatzkammer fallen [1]). Der Wortlaut der Urkunde lässt darauf schliessen, dass die Berner sich der Besteuerung der Juden durch den König widersetzt hatten, indem sie dadurch wohl eine Schmälerung ihrer eigenen Einkünfte besorgten.

---

[1]) Wenzel sagt: daz wir umb alle und iegliche zuspruche und forderunge, die wir von uns und des richs wegen unzhar gehabt hatten oder haben möchten in dehein wisse zu dem burgermeister, rat und burgern von Bern von wegen der juden, die bi inen in verlouffenen ziten sein gewesen und noch sind, unser kammer knechte samt und besunders ufgenommen, ufgehaben und genossen haben, wie sich das gefüget hett, mit in gar und gentzlichen verricht und versünet sint in solcher maassen, daz wir, noch niemant von unsres und des richs wegen dehein zuspruch noch forderung zu inen noch den iren darum fürbass haben sollen in dehein wis, und daz die vorgenant von Bern alle juden, die bi in wonhaftig sein, oder fürbass zu inen kommen inne haben, halten oder geniessen, stüren, schützen und schirmen mögen also vernemlichen, daz die juden die nächsten sechs jar von allen schatzungen ledig und los sein sollen, und wann dise sechs iar vergangen sint, was dann rechter stüre, geniesse oder schatzungen von den egenanten juden ze Bern gefallen werden und mögen, die sollen genzlich in unser und des richs kammer gefallen und wir sollen darum des rates von Bern worten gelouben und meinen und wollen, daz dise juden niemanden anders fürbasshin gebunden sein sollen ze dienende, oder stür ze gebende wider iren willen, denn daz jud und jüdin, die ze iren tagen und mit namen in das dreizehnte iar kommen sint, alle iar anzehaben, zestund uf die nechste winacht und danach alle iar ein gulden in unser kammer oder unsre und des richs sachen .... geben, richten, zalen sollen. Prag 1392, Donstag nach Philipp und Jakobstag. Urkunde im Archiv Bern. Auch bei Wattenwyl, Geschichte der Stadt und Landschaft Bern II, 236.

Nach den wenigen uns erhaltenen Angaben in Bernerurkunden ist es uns unmöglich, die Höhe der von den Juden geforderten fiskalischen Leistungen zu beurtheilen. Aus dem eben angeführten Dekrete König Wenzel's geht hervor, dass er von allen Juden und Jüdinnen, die das 12. Jahr überschritten hatten, eine jährliche Steuer von einem Gulden verlangte. Die Stadt Biel bezog von etlichen im Jahre 1305 in's Bürgerrecht eingetretenen Judenfamilien eine jährliche Steuer von 50 Pfenningen. Die Stadt Bern ihrerseits erhob von zwei Judenfamilien, denen sie im Jahre 1408 die Niederlassung gestattete, eine jährliche Steuer von 60 Schiltfranken in schwerem Golde. In welchem Verhältnisse aber diese Leistung zu ihrem Vermögen bestand, können wir nicht bestimmen. Daneben mussten dieselben noch einen Pfenning von der Mass Wein und das Umgeld bezahlen, falls sie Wein ausschenken wollten. Ebenso hielt man sie auch an, einen gewissen Beitrag zum Bau der Stadt zu geben.

Aus den bis jetzt angeführten Thatsachen lässt sich noch kein Schluss auf die soziale Stellung ziehen, welche die Juden bei uns einnahmen. Der Theorie nach standen sie unter dem Schutze des Kaisers und der Stadt, in Wirklichkeit befanden sie sich während der ganzen Zeit des Mittelalters im Zustande völliger Schutzlosigkeit. Man hielt ihnen die Versprechen und die Privilegien nur so lange, als Neigung dazu vorhanden war; erheischte es aber der finanzielle Vortheil, so machte man sich durchaus keine Skrupeln, das gegebene Wort sofort zu brechen getreu dem Grundsatz, dass man Ungläubigen gegenüber in keiner Weise zur Treue verpflichtet sei. Die Veranlassung zu einem gewaltthätigen Vorgehen gegen die Juden bildete meistentheils ihr Geschäft, der Wucher. Es bedarf hier keiner weitern Auseinandersetzung, durch welche Verhältnisse die Juden gerade auf diesen Zweig

des Geldverkehrs gedrängt und beinahe ausschliesslich beschränkt worden sind. Einestheils hatten sich seit den Kreuzzügen die Christen förmlich des kaufmännischen Gewerbes bemächtigt und anderntheils war ihnen durch Vorschriften der Kirche das Ausleihen von Geld auf Zinsen verboten. So überliess man denn dies unreine, unchristliche Geschäft vollständig den Juden, welche den Geldverlegenheiten aller Stände des Reiches, dem Kaiser, den Fürsten, den Rittern, dem hohen und dem niedern Adel, den Stadtobrigkeiten, den Bürgern und Bauern zu Hülfe kamen.

Die Juden in Bern betrieben nun vom 13.—15. Jahrhundert ausschliesslich dieses Darlehensgeschäft. Es geht dies aus folgenden urkundlichen Angaben hervor:

1259 musste der Herr Aimo von Montenach etliche Güter verkaufen: evidenti necessitate compulsus, videlicet pro debito exsolvendo Judeis [1]).

1263 nahmen die Brüder Heinrich und Werner von Kien und die Thalleute von Frutigen bei den Juden Joseph, Liebermann, Michel und Jolinus 188 Mark auf [2]).

1263 stand der Herr Rudolf von Strättlingen mit ihnen im Geldverkehr [3]).

1268 muss ein Werner, genannt Schöba, ein Gut verkaufen „pro necessitate evidenti, qua ipse et mei heredes apud Judeos fueremus obligati“ [4]).

1274 schuldet Konrad von Wediswyl dem Juden Joseph in Bern 100 Pfund gegen einen Wochenzins von 2 Pfenningen und dem Recht, im Falle der Nichtbezahlung Zinseszinsen nehmen zu dürfen [5]).

---

[1]) Fontes II, 492.
[2]) Fontes II, 573.
[3]) Fontes II, 585.
[4]) Fontes II, 703.
[5]) Fontes III, 774.

1282 verbürgt Konrad von Bochberg dem Heinrich von Seedorf die Wiedererstattung der von ihm empfangenen 20 Mark Silber und, so es nicht geschähe, ihre Bezahlung durch Juden oder Kawertschen mit einem Wochenzins von 5 Pfenningen auf je eine Mark [1]).

1292 muss Johann von Aeschi sein Gut verkaufen „pro evidenti necessitate debitorum, quibus oppressus sub usuris apud Judeos eram“ [2]).

1293 war Ritter Heinrich von Kramburg dem Juden Meier in Bern verschuldet [3]).

1294 schulden die Johanniter, das Kloster Interlaken, Herr Ulrich von Thor und Andere den Juden in Bern 500 Gulden [4]).

1295 haben die Predigermönche den Juden in Bern ihre Bücher versetzt [5]).

1299 entlehnt Herr Ulrich von Erlach vom Juden Jakob in Murten 35 Pfund [6]).

1347 lieh der Jude Simon, Bürger zu Burgdorf, dem Dompropst Ulrich von Signau in Strassburg 40 Pfund Pfennige [7]).

1379 bezog die Stadt Freiburg von dem in Bern wohnhaften Juden Meister Isak 1470 Goldgulden zur Bezahlung einer dem Grafen von Kiburg schuldenden Summe [8]).

1380 schulden Werner Schopfer, Ulrich von Heitenwyl und Ludwig Brüggler dem „bescheidenen Manne“

---

[1]) Fontes III, 336.
[2]) Fontes III, 544.
[3]) Fontes III, 559.
[4]) Fontes III, 600.
[5]) Fontes III, 625.
[6]) Fontes III, 779.
[7]) Solothurner Wochenblatt 1824, S. 501.
[8]) Solothurner Wochenblatt 1827, S. 300.

Meister Isak von Tanne 17 Gulden, das Pfund zum Wochenzins von 2 Pfenningen [1]).

1382 nehmen der Edelknecht Peter von Rormos und Johannes von Krauchthal, Bürger zu Bern, bei Meister Isak von Tanne, dem Juden und Burger zu Bern, 19 Gulden auf und bezahlen dafür wöchentlich 2 Pfenninge vom Pfund [2]).

1382 entlehnen Joh. Spiegler, Kilchherr zu Münsingen, Konrad Sachs von Teitingen, Schultheiss zu Burgdorf, Peter von Mattstetten, Burkart von Sumiswald, Erhard von Igliswyl bei Meister Isak von Tanne, dem Juden und Bürger zu Bern, 40 Gulden zum Wochenzins von 2 Pfenningen vom Pfund [3]).

1382. Peter von Rormos, Peter von Mattstetten, Petermann von Burgenstein, Johann von Krauchthal, Johann von Niggadei entlehnen von Meister Mathys Eberlin, dem Juden und seiner Ehefrau Hestre Merlinen, Burgern zu Bern, 200 Gulden zu einem Zins von zwei Pfenningen vom Pfund [4]).

1382, am 12. August, entlehnten die Gräfin Anna von Kiburg und ihr Sohn Rudolf von dem Juden Mathys Eberlin und dessen Gemahlin Esther Merlinon, Burgern zu Bern, 50 Gulden und 12 Schilling, das Pfund zu 2 Pfenning in der Woche. Dafür verbürgten sich der Schultheiss und drei Bürger von Burgdorf, zudem setzten die Entleiher all ihr Gut und all ihre Leute zum Pfand ein [5]).

Diese einfachen Angaben sind in mehrfacher Hinsicht recht lehrreich.

---

[1]) Urkunde vom Agathentag 1380, Staatsarchiv.

[2]) Urkunde vom St. Vinzenzenabend 1382, Staatsarchiv.

[3]) Urkunde vom Februar 1382, Staatsarchiv.

[4]) Urkunde von Morndes nach St. Georgentag 1382, Staatsarchiv.

[5]) Solothurner Wochenblatt 1825, S. 498.

Erstlich geht aus ihnen unzweideutig hervor, dass die bernischen Juden des 13. und 14. Jahrhunderts ausschliesslich das Darlehensgeschäft betrieben und dass sie einen enorm hohen Zins forderten. Das Pfund hielt dazumal 240 Pfenninge [1]; ein Wochenzins von 2 Pfenningen gibt einen Jahreszins von 104 Pfenningen oder 43 %. In einem Falle, in welchem ein Wochenzins von 5 Pfenningen angesetzt wurde, belief sich der Jahreszins demnach auf über 100 %. Wohl waren die Zinsverhältnisse an andern Orten, wie Basel und Zürich, durchaus die gleichen, ja die Regierungen selbst haben den Zins auf diese Höhe normirt. Aber im Laufe der Zeit musste denn doch eine Reduktion eintreten, da die Zinslast eine zu drückende wurde. So setzten denn die Berner im Jahre 1408 den Wucherzins in folgender Weise fest: Von einem Pfund bis herunter zu 10 Schillingen bezahlt man 1½ Pfenning, von 10—5 Schilling darf 1 Pfenning, von weniger als 5 Schilling ein Helbling in der Woche gefordert werden. Nur Fremden gegenüber dürfen die Juden vom Pfund 2 Pfenninge verlangen. Aber auch bei dieser Reduktion erreichte der gesetzlich erlaubte Zins eine Höhe von 30 %.

Zweitens ersehen wir, dass alle Stände die Juden als die natürlichen Darlehensgeber betrachteten: Geistliche, Ritter, Schultheissen, Städter und Thalschaften sprachen bei denselben vor.

Drittens wurden die Darlehen sowohl gegen Bürgen, als gegen gewöhnliche Verbriefung und Pfänder gegeben. Da unter den letztern keine Grundstücke erscheinen, so hat es den Anschein, als ob man den Juden den Erwerb von Land nicht hätte gestatten wollen. Da-

---

[1]) Justinger, ed. Studer, S. 159, wo sechs Pfenninge als der vierzigste Theil des Pfundes bezeichnet werden.

für spricht auch die aus obigen Angaben entnommene Thatsache, dass von Juden bedrängte Schuldner ihre Güter an Christen verkauften, um ihre Schulden bezahlen zu können.

Viertens gewähren uns diese urkundlichen Angaben einen kleinen Einblick in die soziale und rechtliche Stellung der Juden in Bern. Da man die Juden hasste und verachtete, schloss man sie von der Regierung der Stadt aus und zwang sie, in einer nach ihnen benannten Gasse wohnen zu müssen. Die Judengasse in Bern kommt bereits im 13. Jahrhundert vor und war die hinterste Gasse am südlichen Ende der damaligen Neuenstadt. Dort hatten sie ebenfalls ihren Kirchhof und das ganze Judenareal war in der Gegend des heutigen Kasino durch das in der Ringmauer befindliche Judenthor abgeschlossen. Als aber die Juden 1294 aus Bern vertrieben wurden, ging der Kirchhof in Privathände über. Ebenso verlor die Gasse mit der Zeit ihren Namen und hiess später nach dem Kloster, welches die Frauen von Brunnadern oder die Inselschwestern dort erbauten, die Inselgasse, während die vor derselben liegende Schinkengasse den Namen Judengasse erhielt [1]).

Im Uebrigen lebten sie in zivil- und kriminalrechtlicher Hinsicht unter den Gesetzen der Stadt, während

---

[1]) Die Inselschwestern kauften das Areal des Judenkirchhofs 1323. Ueber die Judengasse ist nachzusehen Studer, im Archiv des historischen Vereins des Kantons Bern, IV, erstes Heft, S. 38; zweites Heft, S. 15; VIII, S. 56 und 212.

Beim Abbruch des Inselspitals 1888 kam das Bruchstück eines jüdischen Grabsteins zum Vorschein, das Herr Architekt Auer dem historischen Vereine vorwies. Nach einer gefälligen Mittheilung von Prof. Euting in Strassburg wurde dieses Denkmal einem Manne gesetzt, der wahrscheinlich „(Efra)im“ geheissen hat und im Jahre (40)53 mundi, d. h. 1293 n. Chr. gestorben ist. Der Stein befindet sich im historischen Museum.

sie in ihren eigenen Angelegenheiten von ihren eigenen Gesetzen Gebrauch machen durften. Zum Wenigsten ist in dem noch später zu berührenden Briefe von 1408 von „alten Judenfreiheiten“ die Rede, von denen wir allerdings nicht wissen, seit wie lange ihnen dieselben gestattet waren.

Am Ende des 14. Jahrhunderts machte sich eine eigenartig judenfreundliche Stimmung in der Stadt Bern geltend. Es hängt dies wohl mit der Finanzkalamität des Staates zusammen. Durch verschiedene Gebietserwerbungen und durch den Burgdorferkrieg war Bern schwer verschuldet; die Stadt konnte die Schulden nicht mehr bezahlen; Zins und Zinseszinse häuften sich in erschreckender Weise, so dass man zu hohen Zinsen auswärtige Anleihen und von den Bürgern innerhalb von vier Jahren zwei ausserordentliche Steuern, jede im Betrag von 40 %, erheben musste [1]). Unter solchen Verhältnissen gestattete man den Juden, die immer bei Geld waren und die man seit dem verhängnissvollen Jahre 1349 vertrieben hatte, die Niederlassung in der Stadt. Man nahm dieselben sogar zu Bürgern auf [2]). Jedenfalls waren sie nicht Bürger in dem Sinne geworden, dass sie alle Pflichten und Rechte der christlichen Einwohner getheilt hätten. Dieses Bürgerrecht ist nur so zu verstehen, dass sie während ihres zeitlich begrenzten Aufenthaltes unter dem Schutz und Schirm der Stadt standen. Die Richtigkeit dieser Deutung wird durch einen Schirmbrief vom 12. April 1391 bestätigt.

---

[1]) Justinger, S. 158. Unter Anderm erhob die Stadt bei den Lombarden in Solothurn ein Anleihen von 2060 Gulden. Jahrb. f. schweiz. Gesch. II, 183.

[2]) Zum ersten Male wird der Bürgertitel im Jahre 1305 etlichen Judenfamilien in Biel gewährt. Fontes IV, 217; dann dem Juden Simon in Burgdorf im Jahre 1347. Siehe oben S. 343.

Laut demselben nahmen Schultheiss, Rath, Zweihundert und Bürgerschaft den Juden Benjamin, dessen Frau Merine, seinen Grosssohn Bernfeld sammt Kindern und Gesinde für sechs Jahre in das Bürgerrecht ihrer Stadt auf [1]). Dasselbe war also zeitlich beschränkt. Wohl in diesem Sinne ertheilte man es gelegentlich den Lampartern, d. h. den christlichen italienischen Geldwechslern. So ist 1378 ein Claus Gutweri von Lamparten Bürger zu Bern [2]); 1395 erscheinen die beiden Lombarden Pereyval und Chunrad de Botagiis im Besitz des Bürgerrechts [3]). Die Bieler nahmen schon 1305 die Wittwe Guta mit ihren Söhnen und Töchtern und deren Familien in's Bürgerrecht auf gegen die ausserordentlich billige Jahresabgabe von 50 Pfenningen; dagegen behält sich der Rath das Recht vor, noch andere Juden oder Kawertschen in die Stadt aufzunehmen [4]). Unter besonders eigenartigen Bestimmungen trat im Jahre 1397 der Lombarde Otto von Berris in's bielische Bürgerrecht ein. Er soll dasselbe 12 Jahre lang geniessen und gegen eine Jahressteuer von 20 Gulden soll er das ausschliessliche Recht haben, das Darlehensgeschäft betreiben zu dürfen. In Anbetracht der Vortheile dieses Geschäftsmonopols begnügte er sich mit dem enorm billigen Zins von 5 % [5]). In diesem Sinne konnte dann wohl in einer Simmenthalerurkunde von 1391 von den Bürgern von Bern, „sie seien

---

[1]) Die Urkunde ist verloren; nur das Regest ist noch im Staatsarchiv erhalten. Die Aufnahme geschah demnach „unter verschiedenen merkwürdigen Gedingen"; es werden wohl die gleichen Bestimmungen sein, die in dem noch zu erwähnenden Schirmbrief von 1408 aufgestellt sind.

[2]) Urkunde im Staatsarchiv. Ueber andere Lombarden in Bern vgl. Amiet, Jahrb. f. schweiz. Gesch. II, 240, 281, 289.

[3]) Urkunde im Staatsarchiv.

[4]) Fontes IV, 217.

[5]) Blösch, Geschichte der Stadt Biel, I, 165.

Juden oder Christen“ [1]) gesprochen werden. Völligen Aufschluss über die rechtliche Stellung der Juden in unserm bernischen Gebiete geben uns zwei Briefe vom Jahre 1305 und 1408, die zum Theil gleichlautende Bestimmungen enthalten. Der erstere, schon oben berührte, betrifft die Aufnahme etlicher Judenfamilien in Biel, der andere ist vom Rath in Bern ausgestellt. Da der Berner Judenbrief ausführlicher gehalten und zudem noch unbekannt ist, so beschränke ich mich, mit Uebergehung des Bielerbriefes (abgedruckt Fontes IV, 217) auf eine Wiedergabe der hauptsächlichsten Bestimmungen des Erstern.

1) Die beiden Familien Isak und Joseph werden für sechs Jahre zu eingesessenen Bürgern aufgenommen und sie dürfen in den ihnen gehörenden Häusern wohnen.

2) Sie bezahlen jährlich eine Steuer von 60 Schiltfranken in Gold, wofür sie von allen andern Lasten, Steuern, Reisen, Reiskosten befreit sind; hingegen müssen sie, wie die andern Bürger, einen Pfenning von der Mass Wein und das Umgeld bezahlen, falls sie Wein ausschenken wollen.

3) Sie dürfen Geld an Arme und Reiche, in Pfenningen und Gold, auf Pfänder, Bürgen oder Briefe ausleihen gegen folgenden Wochenzins:

Von 1 Pfund bis herunter zu 10 Schilling = 1½ Pfenning.
Von 10 Schilling bis herunter zu 5 Schilling = 1 Pfenning.
5 Schilling und weniger = 1 Helbling.

Hingegen dürfen sie von den nicht zur Stadt gehörenden Leuten vom Pfund zwei Pfenninge verlangen; doch entschlägt sich der Rath jeglicher Verantwortung. Auch dürfen sie zwei Pfenninge verlangen, wenn ein Bürger für einen Fremden entlehnt.

---

[1]) Urkunde vom Urbanstag 1391, im Staatsarchiv.

4) Auf folgende Pfänder dürfen sie kein Geld leihen: auf Kirchgewand, Messzeug, blutig Gewand, Pfluggeschirr, Harnisch, es sei denn, dass in Bezug auf Harnische der Rath es erlaube. Dann dürfen sie aber nur so viel darauf leihen, als sie kosteten, und nicht mehr.

Hiebei ist Folgendes zu bemerken. Die Vorschrift, dass keine im christlichen Gottesdienst zur Verwendung gelangenden Gegenstände an Juden versetzt werden durften, da sie dadurch geschändet wurden, ist sehr alt. Nichtsdestoweniger wurde sie öfters, auch in Bern, umgangen. So hatten 1295 die Predigermönche ihre Bibliothek, darunter auch ein Antiphonium, an die Juden verpfändet. Sie übergaben allerdings diese Pfandschaft nicht den Juden, sondern dem Rath der Stadt zur Aufbewahrung; das Gewissen war beruhigt, das Gesetz war gerettet. — Ebenso war dem Ausleiher die Annahme von blutigem Gewande verboten, da der Veräusserer vielleicht einen Mord begangen haben konnte. — Harnische zu verpfänden war anderorts definitiv verboten, damit im Falle eines Kriegsausbruchs die Ausrüstung der Mannschaft nicht mangelhaft sei, und damit die Juden nicht in den Besitz der Waffen gelangten. Hingegen ist im Bieler Judenbrief von 1305 merkwürdiger Weise die Waffenverpfändung gestattet. Im Nothfalle müssen die Waffen gegen entsprechende andere Hinterlage herausgegeben werden; wenn aber die Gefahr vorbei ist, so müssen die ausgelösten Waffen so schnell als möglich den Juden zurückgebracht werden. — Aus einem naheliegenden Grunde wurden ebenfalls die Pflüge von der Verpfändung ausgenommen

5) Klage auf Leib und Gut der Juden kann nur von gut beleumdeten Juden, oder von gut beleumdeten, noch nicht bestraften Bürgern erhoben werden.

6) Pfänder gehen nach Jahr und Tag in den Besitz des Inhabers über.

7) Haben sie auf ein Pfand geliehen, das an Werth einbüsst, so dürfen sie es innert Jahresfrist verkaufen. Verlieren sie ein Pfand durch Diebstahl, Feuer, Gewalt, oder würde es durch Würmer, Mäuse oder irgend einen Zufall beschädigt, so sollen sie einen Eid darauf schwören, und diesem Eid soll Glauben geschenkt werden.

8) Würde geraubtes Gut versetzt, so müssen sie dasselbe gegen Rückerstattung der Darlehenssumme herausgeben, büssen aber den Zins ein.

9) Aus den alten Judenfreiheiten werden folgende Bestimmungen aufgenommen:

Streitigkeiten zwischen Christen und Juden sollen vor den bernischen Gerichten ausgetragen werden. Die Letztern dürfen nach jüdischen Sitten auf das Buch Moses schwören; sie dürfen ihre Gewohnheiten in Bezug auf Gebete, Feiertage, Begräbnisse haben; an ihren Feiertagen sollen sie nicht vor das Gericht geladen werden; sie dürfen fremde Juden bei sich beherbergen, welche dann ebenfalls unter dem Schutz der Stadt stehen; Streitigkeiten unter sich dürfen sie entweder nach jüdischen Sitten und Rechten, oder nach ihrem Belieben auch vor den bernischen Gerichten austragen. Die bernischen Metzger sollen den Juden das Fleisch nach jüdischem Recht und nach jüdischer Gewohnheit um den gewöhnlichen Preis, wie den andern Bürgern, verabreichen.

10) In Kriminalfällen stehen die Juden unter bernischem Recht.

11) Würde der Niederlassungsvertrag nach Verfluss der sechs Jahre nicht erneuert, so dürfen die Juden noch ein Jahr in der Stadt bleiben, unbekümmert und ohne Zins, bis sie ihre Ausstände eingetrieben haben; doch

sollen sie kein Geld mehr ausleihen. Auf ihr Verlangen wird dann die Stadt öffentlich verkünden lassen, dass Jeder sein Pfand einlösen solle. Wer dieser Aufforderung in Zeit eines Vierteljahres nicht nachkommen sollte, büsst sein Pfand ein, welches in den Besitz des Verleihers übergeht. Nach Verfluss des Jahres sollen sie freien Abzug haben und überall hingehen dürfen, wohin es ihnen beliebt. Jetzt noch ausstehende Schulden dürfen sie mit ihren Boten eintreiben lassen, wozu ihnen die Stadt mit den Gerichten behülflich sein wird [1]).

So judenfreundlich gesinnt waren aber die Berner nicht zu allen Zeiten gewesen, wie im Jahre 1408. Durch eine Art Ausnahmegesetze hatte man gelegentlich die Christen zu schützen und das Geldgeschäft der Juden zu erschweren gesucht. So bestimmte zu Ostern 1283 der Rath, dass die Frist zur Rückzahlung auf ein Jahr beschränkt sein solle [2]), eine Bestimmung, die in Bezug auf den ersten Punkt zu Ostern 1386 in dem Sinne wiederholt wurde, dass der Schuldner nach Verfluss eines Jahres, wenn er nicht gemahnt worden ist, seine Güter verkaufen darf und dass Schuldner und Käufer den Juden nicht verpflichtet sein sollen [3]). Durch ein anderes,

---

[1]) Siehe Beilage.

[2]) Weler Judo oder Cristan offennen wucher gewissheit umb gelt nimet, der sol inderhalb dem jare darnach, so das zil ze geltenen ist, sin gelt vordren und sinen bürgen manen, old die bürgen sollent aber nach dem jare inen nit antwurten, noch fürbass gebunden sin. Datum pasce (18. April) 1283. Fontes III, 343.

[3]) Und sollent ouch die Lamparten und Juden ir schulde inziechen und vordren indrent jaresfrist. Teten aber si des nit, were aber das denn jeman des schuldners gutren nach dem ersten jar kouftin und die darnach in gewerde behuben jar und tag unangesprochen und mit recht gevordret, so mag der köiffer und der schuldner von deshin die güter in haben und ledig sin an geverde von dien selben Lamparte und Juden. Crastina pasce (23. April) 1386. Rothes Buch (Statt-Satzung), Nr. 115, Staatsarchiv.

nicht näher zu datirendes Gesetz suchte man den Juden dadurch die Pfändung zu erschweren, dass man den mit der Ausführung der Pfändung betrauten Knechten nichts zu geben beschloss, „es sei denn, dass man ihnen gerne gebe“ [1]).

So lange man zum Schutze der eigenen Leute auf dem Wege der Gesetzgebung gegen die Juden vorging, lässt sich nichts dagegen einwenden. Wie oft betrat man aber den Weg brutalster Gewaltthätigkeit, wie oft schändete man den Christennamen durch die Gräuel der Judenverfolgungen! Die Ursachen der Verfolgungen sind ausserordentlich leicht zu erkennen, sind sie doch überall die gleichen. Einestheils hasste man die Juden, weil sie Ungläubige waren und dem Volke angehörten, welches Christus gekreuzigt hatte. Anderseits hasste man sie wegen ihres Geldgeschäfts. Man war von ihnen abhängig, man musste ihnen hohe Zinsen bezahlen, und mehr als einmal wird es vorgekommen sein, dass ein Christ durch die Zinsenlast gedrückt von Haus und Hof getrieben wurde. Es beweisen dies die oben zitirten Urkunden aus dem Ende des 13. Jahrhunderts. Es beweisen dies auch die Worte Justingers, der von den Juden sagt, dass sie „in diser welt anders nüt tund, denne wie si der Kristenheit geschedigen mit allen sachen, offenlich mit dem wucher; won mancher des wuchers verdorben ist und alle tag verdirbet; heimlich mit valschen ufsatzen, daz dik kuntlich worden ist; . . . . also ist die stat bern je dahar mit juden beschissen ge-

---

[1]) Wir haben ouch gesetzet, weler Lampard oder Jud in unser Statt jeman heisset pfenden, da sol man den knechten nutzit geben, man geb inen denn gerne. Undatirter Rathsbeschluss im Rothen Buch, Nr. 110; er muss zwischen die Jahre 1283—1408 fallen. Jetzt auch abgedruckt Fontes IV, 454. Der Herausgeber derselben setzt diesen Beschluss in das Jahr 1311.

wesen“ [1]). Zu alledem aber beneidete man sie wegen ihres Reichthums. Diese rein materiellen Motive sind durchaus nicht ausser Acht zu lassen; wegen des Geldes hat man die Juden geduldet, wegen des Geldes sie gehasst, gepeinigt, und die Religion musste zu allen Gräuelthaten als Vorwand dienen. Bei einer solchen Gesinnung fehlte es natürlich nie an einer Ursache, wenn man eine Verfolgung veranstalten wollte; man hielt die Juden einfach als die direkten oder indirekten Urheber jeglichen Unglücks, das über die Stadt hereinbrach. Unzweideutig drückt Justinger dies mit folgenden Worten aus: „darumbe etlich wise lüte haltent, daz waz ungefelles die stat bern sider angangen sye von grossen brünsten oder ander sachen, daz man daz von dien juden hab. Wie möchte ich mich eines herren getrösten, daz er mir genedig were, so ich sin vigent enthalt und den hilflich bin, daz si wider minen Herren tuon? Die juden sind doch die, die unsrem herren got und herren jesu Christi und marien siner lieben muter fluchent, bosheit, laster und schant von in redent; den git man brief und ingesigel, daz si geschirmet söllen werden zu dem unrechten! Der daran schuld het, der sol rach bevinden am jüngsten gerichte, da kein miet hilft noch kein gewalt“ [2]).

Bei einer solchen Auffassung der Dinge erwarb man sich sogar noch ein Verdienst, wenn man die Juden einfach todtschlug!

Die erste Judenverfolgung in Bern fand im Jahre 1294 statt. Verschiedene Ursachen haben dieselbe herbeigeführt. 1285 war ein Theil der Altstadt abgebrannt; 1287 legte eine neue Feuersbrunst einen Theil der Neustadt in Asche; im folgenden Jahre hatte man die beiden

---

[1]) Justinger, S. 29.

[2]) Justinger, S. 30.

Belagerungen durch König Rudolf auszuhalten, wozu sich im nächsten Jahre die schlimme Niederlage an der Schosshalde gesellte. Dabei verloren die Berner „unermessliches Gut“, zu alledem mussten die Unterlegenen dem Könige eine Kriegssteuer bezahlen [1]). Gerade jetzt waren verschiedene Leute durch die den Juden zu bezahlenden Zinse in finanzielle Schwierigkeiten gerathen und hatten ihre Güter verkaufen müssen [2]). Stadt- und Privatunglück wirkten so in gleicher Weise zum Hass gegen die Juden zusammen, die man für Alles verantwortlich machte. Ein Grund zum Vorgehen gegen sie war auch bald gefunden.

Man beschuldigte sie, einen Knaben Rudolf heimlich gestohlen und unter grausamen Martern getödtet zu haben. Diese Anschuldigung ist hier so wenig wahr, wie an andern Orten, wo die Juden des gleichen Verbrechens in zahllosen Fällen beschuldigt wurden. Aber sie genügte, um eine Judenverfolgung in Szene zu setzen. Wohl betrachtete man als den Hauptschuldigen einen gewissen Jöli; dies hinderte aber nicht daran, die Rache an der ganzen Judengemeinde auszulassen. Die Juden wurden misshandelt und ein Beschluss gefasst, dass sie von nun an aus Bern ausgeschlossen sein sollten.

Eine Partei hatte nun aber auch die Hülfe des Königs Adolf angerufen — vielleicht werden es die Juden gewesen sein. Und wirklich setzte Adolf eine Kommission zur Untersuchung des Streitfalles nieder, welche aus dem Bischof Peter von Basel, Ritter Gottfried von Merenberg, Cuno von Berchheim und Hartmann von Ratzenhausen bestand. Der von dieser Kommission am 30. Juni 1294 gefällte Spruch fiel für die

---

[1]) Siehe die Belege bei Wattenwyl, Geschichte der Stadt und Landschaft Bern, I, 157.

[2]) Siehe oben Seite 343.

Juden durchaus ungünstig aus: sie verlieren alle ihre Guthaben an Schultheiss, Rath, Gemeinde und einen Jeden, der bis zum Tag der Ausstellung der Urkunde in Bern sesshaft war. Sie müssen alle Briefe und alle Pfänder herausgeben, und zu alledem dem Schultheissen der Stadt 500 Mark und der Gemeinde Bern 1000 Mark bezahlen, „wan si ir diche genossen hant“ [1]). Am 1. August 1294 bestätigte König Adolf von Frankfurt aus diesen Entscheid „super excessibus perpetratis contra Judeos et Judeas Bernenses a civibus Bernensibus“ und setzte dadurch einer schreienden Ungerechtigkeit die Krone auf [2]). Den Juden blieb nichts Anderes übrig, als stumm zu gehorchen. Sie wiesen im Dezember des gleichen Jahres den Schultheissen für den ihm zugesprochenen Betrag von 500 Mark auf ihre bei den Johannitern, dem Kloster Interlaken, dem Herrn Ulrich von Thor und Andern ausstehenden Guthaben an [3]). Bezeichnend ist in der noch erhaltenen Quittung des Schultheissen die Wendung: pro occisione pueri, videlicet beati Rudolfi, quem dicti Judei, ut dicitur, occiserunt. Also der höchste Beamte der Stadt Bern gesteht hier unumwunden zu, dass man auf ein blosses „on dit“ hin die Juden misshandelt, vertrieben und um ihr Geld gebracht hatte! Und noch sechs Jahre später drückte sich der König Albrecht, als er den am 30. Juni 1294 gefällten Entscheid bestätigte, ebenso vorsichtig mit einem „ut dicitur“ aus [4]).

---

[1]) Fontes III, 588.

[2]) Fontes III, 590.

[3]) Fontes III, 600.

[4]) Bestätigung vom 29. April 1300: ... formam compositionis ... inter cives de Berno ex una, et judeos bernenses camere nostre servos ex altera parte, super excessibus per eosdem judeos ut dicitur perpetratis. Soloth. Woch. 1828, S. 195. Ueber „die Ermordung des

Als die genannte Viererkommission ihren Entscheid gefällt hatte, belegte die Stadt sofort das Eigenthum der Juden. So zwang sie eine Frau Berchta von Habstetten zur Herausgabe eines mit Kostbarkeiten gefüllten Schreines, der ihr von dem Juden Vivilinus anvertraut worden war [1]).

Wollte dadurch die Stadt sich sicher stellen bis zur Ausrichtung der stipulirten Strafsumme? oder betrachtete der Rath alle den Juden gegebenen Hinterlagen als sein Eigenthum? Fast hat es letztern Anschein. Denn auch die Prediger hatten bei den Juden Geld entlehnt und hatten daher bei dem Rathe der Stadt ihre Bücher, namentlich ein Messbuch, hinterlegt. Der Rath betrachtete nun diese Hinterlage als sein Eigenthum, so dass sich die Prediger klagend an König Adolf wandten; mehrmals musste derselbe den Rath ersuchen, das zurückgehaltene Pfand dem rechtmässigen Eigenthümer zuzustellen [2]).

Die vorwaltende Absicht hatte man nun wirklich erreicht; die Schulden hatte man getilgt und dazu noch eine hübsche Summe Geldes verdient. Der Leichnam des Knaben Rudolf wurde hinter dem Kreuzaltar in der Leutkirche begraben. Er erlangte die Verehrung eines Märtyrers und verübte in der Folge viele Wunder. Doch zu Justingers Zeiten hatte diese Wunderkraft schon nachgelassen, denn nur noch die „alten Leute“ wussten von ihnen zu erzählen. Man glaubte den Leichnam im Jahre 1528 in einem bleiernen Sarge aufgefunden zu

---

Knaben Rudolf von Bern durch die Juden“ schrieb Pfr. J. Stammler eine sehr ausführliche und interessante Abhandlung in den Katholischen Schweizerblättern, Jahrgang 1888.

[1]) Fontes III, 591.

[2]) Fontes III, 625; Schreiben Adolfs an Bern vom 7. August 1295.

haben, und begrub ihn „aus bedenklichen Ursachen“ an einem andern Orte [1]).

So waren also die Juden aus der Stadt ausgewiesen, aber nicht lange; denn bei den damaligen geldarmen Zeiten konnte man ihrer Dienste nicht entrathen. So sind sie denn in der Mitte des 14. Jahrhunderts wieder in unserm Gebiet und in unserer Stadt.

Da kam die furchtbare Pest des Jahres 1349, der bekannte schwarze Tod. Den Bernern und Zofingern gebührt die Ehre, die Ursache dieser Krankheit entdeckt zu haben [2]). Man beschuldigte nämlich die Juden, die Brunnen vergiftet zu haben. Sie wurden gefoltert und gestanden ihre Unthat ein; zum Ueberfluss fand man denn auch noch das Gift in den Brunnen. Jetzt waren die Juden genügend überwiesen; man verurtheilte sie zum Feuertode und forderte die Nachbarstädte Freiburg, Basel und Strassburg auf, in gleicher Weise gegen sie vorzugehen. Den Strassburgern sandte man sogar einen gefangenen Juden zu, damit derselbe dort seine Aussagen wiederholen sollte. Wie bei der ersten Verfolgung wird man die Schuldscheine vernichtet, die Pfänder eingezogen, das Vermögen der Juden vielleicht konfiszirt haben; ganz sicher aber wies man sie zum zweiten Male aus der Stadt.

---

[1]) Stettler's Chronik I, 20.

[2]) „Man dümelte etliche Juden zu Berne und zu Zovingen: Die verjohent, das si vergift hettend in vil burnen geton und vant men ouch die vergift in den burnen. Do verbrante men sü in vil stetten und verschreip dise geschicht gein Strosburg, Friburg und Basel, das sü ire Juden ouch soltend verbürnen.“ Cronik von Königshofen (Hegel, Städtechroniken; Strassburg II, p. 760); Ulrich, Sammlung jüdischer Geschichten in der Schweiz, p. 158. Mathias von Neuenburg sagt: Post hec tortis quibusdam in Berna, in comitatu Froburg et alibi et reperto in Zofingen veneno, extinctisque Judeis in pluribus locis, scriptoque de hoc consulibus Basiliensis, Friburgensis et Argentinensis civitatum etc. Ausgabe von Studer, S. 159.

Auch der geldarme Eberhard von Kiburg benutzte diese Gelegenheit, um seine Kasse zu füllen. In der Nacht vom 16./17. Februar 1349 liess er die Juden aus Burgdorf vertreiben, wegen ihres Unrechtes, wie er sich ausdrückte. Ihr Vermögen zog er zu seinen Handen, hingegen richtete er denjenigen Bürgern eine Entschädigung aus, die unter dem Wucher gelitten hatten [1]).

In den Jahren 1380—1392 sind sie aber nachweisbar wieder in Bern. Das war die Zeit, in der man ihnen ein auf sechs Jahre beschränktes Bürgerrecht verlieh und sie mit verschiedenen Freiheiten ausstattete (den „alten Judenfreiheiten“ des Bürgerrechtsbriefes von 1408). Doch machte man jetzt schon den Versuch, sich eine von den Juden unabhängige Stellung zu erwerben. Sei es, dass ihr Geld nicht ausreichte, um der schwer verschuldeten Stadt aufzuhelfen, oder dass man ihr Geld für den Staat überhaupt nicht in Anspruch nehmen wollte, weil sie zu hohe Zinsen verlangten, kurz, man suchte auswärts Geld zu erhalten. Den empfindlichsten Schlag aber gegen das Monopol der Juden konnte man führen, wenn man das von der Kirche genährte Vorurtheil, keine Christen dürften Geldgeschäfte machen, abschaffte und so dem christlichen Kapital die Wege zu einer nutzbringenden Verwendung wies. Diesen Schritt wagte der Rath am Gregorientag 1384; er beschloss, dass man in Zukunft Geld bei den eigenen Bürgern aufnehmen wolle, dass die Darleiher an ihrer Ehre nicht geschädigt, weder Wucherer, noch Abbrecher genannt werden dürfen, und dass der Rath solche Verläumder gerichtlich bestrafen würde [2]). Damit treten nun die Christen in Konkurrenz mit den Juden;

---

[1]) Hidber, Schweizergeschichte S. 167.

[2]) Urkunde im Staatsarchiv.

gerade deswegen hat man vielleicht (nach dem Jahre 1392) die Juden zum dritten Male ausgewiesen [1]).

Nun suchte aber im Jahre 1405 ein doppeltes Brandunglück die Stadt Bern heim; im April verbrannten 52, im darauffolgenden Mai sogar 600 Häuser. Da die Stadt deswegen in grossen Schaden, sogar in Armuth gekommen war, berief sie die Juden zum vierten Mal unter ausserordentlich günstigen Bedingungen zurück und stellte ihnen sogar das Zeugniss aus, dass sie die Stadt mit ihrem Darlehen immer freundlich gehalten hätten [2]).

Dieser Brief vom Jakobstag 1408 war aber nicht der Ausdruck der judenfreundlichen Gesinnung der Berner, er war vielmehr nur aus der momentanen Noth hervorgegangen. So wie sich die Stadt von ihrem Unglück erholt, und wie sie durch Erwerbungen der mannigfaltigsten Art, namentlich durch die Eroberung des Aargau's, politisch und finanziell sich gestärkt hatte, regte sich der alte Hass gegen die Juden von Neuem. Er fand, wie wir bereits konstatirten, einen lebhaften Wortführer in Justinger. Sein Hass war vielleicht weniger religiösen oder nationalökonomischen Motiven entstammt, wie man es aus der Schärfe und Rücksichtslosigkeit seiner Worte entnehmen sollte, sondern es haben wahrscheinlich persönliche Gründe den Ausschlag gegeben. Wir haben nicht zu vergessen, dass er öffentlicher Notar war und dass er als solcher auch Geldgeschäfte betrieb. Zum wenigsten wissen wir, dass er 1431 einem Zürcher- und einem Bernerkaufherrn Geld geliehen hatte [3]). Er war also ein Konkurrent der Juden, und jetzt wird seine Oppo-

---

[1]) Dass vor dem Jahre 1408 eine Ausweisung stattgefunden hat, beweist die Einleitung zum Schirmbrief von 1408. Beilage.

[2]) 1406 hatten die Berner Geld bei einem Juden in Renzheim aufgenommen. Deutsche Reichstagsakten VI, 28.

[3]) Sammlung bern. Biographien II, 45, Artikel Justinger.

sition gegen dieselben erklärlicher. Mit seiner Ansicht stand er aber durchaus nicht allein; die judenfeindliche Stimmung in der Stadt nahm so zu, dass der Rath im Jahre 1427 die Entscheidung fasste, die Juden auf ewige Zeiten aus Stadt und Land zu vertreiben. Das Aktenstück lautet folgendermassen:

Wir der Schulthes und der Rat und die zweihundert der Statt Bern haben eigenlichen betrachtet, das in allen dingen gottes und siner lieben muter ere und lob sol angesechen und gemeret werden. Harumb ze lob und ere dem almechtigen gott, siner lieben muter und allen heiligen haben wir einhellenlich geordnet und gesetzet ewenclich stet ze halten, das von disshin wir und alle unser ewigen nachkomen weder Juden noch Lamparten, offen noch heimlich wuchrer in unser Statt Bern noch in andren unsren stetten noch lendren nit empfachen noch ze burgeren oder ingesessnen söllen noch wellen, noch andren den unsren gestatten sölich Juden, Lamparter, wuchrer ze empfachend oder ze iren burgeren ze nemend in dehein wise, wond wir eigenlich haben gemerket, das die Juden uns in dem cristanlichen gelouben smechent und aber beide, die Lamparten und die Juden mit ihrem offenen wucher gemeinem land grossen schaden zufügent, von der Statt und land unmessig barschaft hant gefüret, darumb ouch si wol ze vermidene sint. Actum 10 die May 1427 [1]).

Dieser Beschluss war von entscheidender Wirkung; denn er blieb bis zum Untergang des alten Bern in Kraft bestehen. Das Aergerniss war beseitigt, die Religion gerettet und an Stelle der jüdischen konnten jetzt, ungehindert durch irgend welche Konkurrenz, die christlichen Wucherer treten.

---

[1]) Rothes Buch (Statt-Satzung), Nr. 116. Staatsarchiv.

Beilage.

Wir der Schultheis, die Rete, die burgere und die gemeinde gemeinlich der Stat Berne tun kunt allen den die disen brief ansechent oder hörent lesen, wie das ist, das wir von etzwas sachen wegen, so wir hatten wider die Juden in unser Stat, meinden enkeinen Juden fürbasser in unser Stat ze hanne. So haben wir doch an unser erber gemeinde verstanden und gemerket, das si ze disen ziten von grosses schaden und armut wegen, in die si von dirre nechsten verlüffnen grossen brunst komen sint, die selben Juden fürbasser in unser Stat meinen ze hanne, besunder darumb, wand si von denselben Juden mit lichen vast früntlich gehalten worden und harumb so haben wir durch nutz und notdurft willen derselben unser erberen gemeind und mit gemeinem einhelligem rate har wider genomen und enphangen, nemen und enphachen mit kraft dis briefs: Isak den Juden von pery und Merin sin husfröwen und alles ir husgesinde, so bi inen in irem huse sint, deren Kinder, es sin knaben oder tochteren und ir kinden, wibe oder manne, so si nemen werdent, so bi inen in irem huse und herbrige sint oder sin werdent, si sient in irem kosten und zerunge oder in sundrigen kosten und zerung, nemlich semlich husgesint und Juden dero eins unz an 100 schilt werd hab ungevarlich, — Joseph den Juden und sin swester, Symons des Juden, so von tode verfaren ist, kinder, und des vorgenanten Josephs swestren kinder, es sin knaben oder tochteren, Bislin sinen swager, als lang der selb Joseph ime des gan, und er es umb in verdienet, und darzu alles des selben Joseph husgesind, so bi ime in sinen hüsern und herbrigen, so er ietz in unser Stat hat, wonende und sin werdent, si sient in sinera kosten oder in sundrigen kosten und zerung, nemlich semlich husgesind und Juden, dero eis untz an hundert schilt werd hab ungevarlich, darzu were im och der obgenant Vifli sin swager nit fuglich bi ime oder in dirre friheit ze behanne, so sol und mag er in da von scheiden und einen andern, der in der habende wer, als vorstat, an sin stat nemen und enphachen. Die vorgenant Juden, in den worten als vorstat, nemen und enphachen wir ze unsern ingesessnen

burgern und in unser Stat schirme dise ersten und nechsten sechs jar uss, so anviengen uff dis nechsten verlüffnen ostren und schierost nach einandren koment, also das si da zwüschent in unser Stat söllent sitzen und wonen fry als ander unser ingesessnen burger und mit uns haben und niessen alle friheit und gute geworheit, so wir oder si haben von keysren oder von küngen ungevarlich. Und darumbe allein, das wir die vorgenanten Juden also in unser Stat friheit und burgrecht genomen und enphangen haben, und von enkeiner andrer sachen wegen, so sol uns der vorgenant Joseph oder sin erben, so söllent uns die vorgenanten Isak und Merin oder ir erben von dishin jerlichs uff den Ostermondag die vorgenanten sechs jar uss geben und bezalen unserm Sekelmeister, der es ie ze ziten ist, sechtzig schiltfrangken gute und volle schwere an golde und an gewicht. Und damitte so söllent och si und die iren und ir husgesinde als vor stat, nemlich Juden, von uns und den unsern gentzlich quitt, lidig und entladen sin aller ander diensten, stüren, tellen, reisen, reiskosten und aller ander usslegung und beschatzung, so ander unser burger geben und tun müssent. Doch vorbehebt der phenig von der masse wines und ungelte, ob si win schanktint, die zwei stugk söllent si geben als ander unser burger ungevarlich. Och so sprechen wir den vorgenanten Joseph quitt, lidig und los umb alle ansprach, so wir untz uff disen hutigen tag an in ze sprechen hatten, es sie von Symons sines vatters, von Menlinen siner anen, von Salamons sines vetters oder von ander sachen wegen, wand der obgenant Joseph sich darumb mit uns und ouch der vorgenant Symon bi sinem lebenne berichtet hand, und uns darfür an unser Stat buwe geschenket und getan, das uns von inen nu ze mal wol benuget. Die vorgenant Juden als vor gelütert stat, söllend und mögent öch die vorgenant jarzal uss uff ir recht und gewüssent ir gut usslichen, es si an phening oder an gold, dem armen und dem richen, burgern oder nit burgern, ussren oder indren, uff gute phender, bürgen oder briefe, als inen das denne beste füeget ungevarlich, mit namen ein phunt und was darunder ist untz an zechen schilling umbe anderhalben phenning ze der wuchen, zechen schilling und was darunder

ist untz an fünf schilling umb einen phening ze der wuchen, und fünf schilling und was darunder ist umb einen helbling ze der wuchen, der müntze als si denne usslichent ungevarlich. Was si öch ussrunt unser Stat und Stat gebiet lichent, denen ussren, so ze unser Stat nit hörent, da mügent si ein phunt umb zwen phening lichen und söllent ouch das lichen uff semlich sicherheit, das si gedengken sicher sin, wand wir inen darzu nit söllen noch wellen gebunden sin ze helffen, denne als verre wir das gerne tun ungevarlich. Die vorgen. Juden söllent ouch von dishin keinen fürschlag machen uff uns, noch uff unser burgere, noch uff die unseren so uns zugehörent, si sient in der Stat, oder uff dem lant gesessen mit gedinge. Doch were, das ieman der unsern uff ieman frömder der nit zu uns gehörte dehein gelt neme, da mögent si ob si wellent fürschlag machen und ein phunt umb zwen pheninge lichen als vor stat, doch uns und den unsern alwegen unschedlich. Ouch so mögent die vorgen. Juden lichen uff aller leye phender, ane allein uff kilchgewand, messezüg, uff blutig gewand, uff phluggeschirr, noch ouch uff harnesch, es were denne, daz wir unserm harnescher erloubtin, deheinen harnesch für sinen machelon inen ze setzen; daruff so mögent si denne wol lichen sovil als der harnescher daruff verdienet hat und nit fürer. Were ouch, das die vorgen. Juden von ieman me wuchers nemin, denne als vor gelütert stat, und das kuntlich wurd als recht ist, das söllent si ze stund wider geben. Es ensol noch enmag ouch die vorgen. Juden nieman erzügen, das inen gange an ir lip, oder an ir gut, denne mit unversprochnen Juden in unser Stat gesessen, oder mit unversprochnen personen, die unser Stat burger sin, unbekestigot und nach unser Stat recht. Was phendern ouch den vorgen. Juden jar und tag gestandent oder gestanden werin, die söllent und mögent si verköffen und vertriben oder inen selben behaben, als ander ir eigen gut, ane geverde und menglichs widerred und söllent darumb von uns und von denen, dera die phender waren, lidig sin. Were ouch, das die selben Juden uff dehein phand lüchin, das aber houptgut noch schaden nit getragen möcht ein gantz jar oder under, so söllent und mögent si daz selb phant wol verkouffen und

vertriben indrunt jaresfrist, wenne es inen füget, und sol ouch denne darumb iro eis eyde ze gelouben sin, an ander gezugsami. Were ouch, daz die vorgen. Juden dehein phand verlurin, und ir gut damit, es were von düpstal, von füre oder von ander freisse wegen, oder dehein phand hinder inen geschedigot wurd von würmen, von müsen oder von semlichen zufellen, so söllent si mit iren eyden, ob es der phandsetzer nit gelouben wil, davongan und darumb lidig sin ane geverd. Were ouch daz dehein geroubet oder verstoln gut inen versetzet und hinder inen funden wurde, wenne das kuntlich wird, so sol der Jud sin houptgut nemen und das phand ane schaden und wucher wider antwurten und wider geben ungevarlich, und ensol ouch denne derselben persone nit gebunden sin, denselben phandsetzer ze nennen, noch ouch nieman anders, denne alleine unserm Schultheissen oder unsern Reten sol er dieselben person nennen, ob wir des in vordren, und ob er si bekennet ungevarlich. Und als in der Juden alten friheiten ein artikel stund, das dieselben Juden ir geltschulde alle an houptgut, an gewin, an gesuch, an phendern, und an dem zite als es gestanden was behaben möchten bi iren eyden, wenne das an si gevordret ward ane ander gezugsami, da wellen wir und lüteren denselben artikel also mit namen: wo das ist, das deheiner der unsern von dishin mit den vorgen. Juden, oder die Juden mit den unsern stössig werdent umb dehein sach, so den vorgen. artikel rüret, oder von gelüpten wegen, so die Cristanen den Juden umb phender gut ze machen tetin, oder umb dehein ander sach, als verre das der Cristan des Juden eyd oder der Jud des Cristanen eyd darunder nit gelouben wöltin, und ietweder teil sinen eyd darumb butte ze tund, umb semlich stöss söllent si komen und die ze beiden teilen bringen für unser Rete und was denne da die Rete oder der merteil under inen erkennent, weders teiles eyde darunder ze gelouben oder ze nemen si, da bi söllent ouch denne beide teil beliben und sich des von einandern benügen ane geverd. Und söllent ouch die vorgenanten Juden alle ir eyde tun nach jüdischen sitten und gewonheit uff her Moyses buch. Die vorgenant Juden mögent ouch ir gewonheiten und sitten, es si mit irem

gebette, mit ir virtagen, mit begrebde und mit andern sachen haben, halten und tun, als ander Juden ane unser widerrede und bekümbernisse. Und ensol man ouch si an iren virtagen mit gerichte nüt bekümberen. Sy söllent und mögen ouch frömde Juden bi inen haben und herbrigen ungevarlich und söllen ouch wir dera lip und gut in unser Stat schirmen und ouch usrunt in unser gebiet ob si in unserm geleite sint, ane geverde. Was ouch die vorgen. Juden oder dehein ander Jud in unser Stat nu oder harnach die vorgen. sechs jar uss stössen, ansprach oder krieges, nemlich si, sament hettin oder gewunnin, das söllent und mögent si under einandern nach jüdischem rechten und sitten zerlegen, usstragen und berichten als verre, das si darumb für uns noch unser gerichte nit bedürfent ze komen. Doch so behaben wir dem vorgen. Joseph harunder vor, were, das er von dishin von deheinem Juden angesprochen wurd und für unser Rete oder gerichte getaget indrunt der obgen. jarzal, es were von sines vatters, von siner anen erbes und gutes oder von anders sachen wegen, wenne er denne für Rete oder gerichte kumet, so sol und mag er nach dem, als in denne die ansprach dungket für sich nemen unser Stat recht oder jüdische recht, wederes er denne wil. Wir behaben ouch vor har inne umb wundeten, todsleg und ander sache oder frevele, so unser Stat friheit rürtint, das wir darumb söllen und mögen richten von den vorgen. Juden nach derselben unser Stat friheit und als ab andern unsern burgern ungevarlich. Es söllent ouch unser metzger den vorgen. Juden und irem husgesind fleisch umb gemeinen kouff nach jüdischem rechte und ir gewonheit geben, als andern unsern burgern ane geverde. Were ouch, das die vorgen. Juden, wenne sich die vorgen. sechs jar verlouffent, von uns nit fürer gefryet wurdint, so mögent si dennacht ein gantz jar nach den vorgen. sechs jaren in unser Stat unbekümbert und ane zins sitzen und ir geltschuld inziechen; doch also, das si denne von deshin nit fürer uslichen söllent, und söllent wir ouch denne, ob si das an uns vordrent, in unser Stat offenlich heissen verkünden, das iegliche person sin phand fürderlich von inen löse, und wele person denne nach der verkündung oder nach der Juden manung ir phand

nit von inen löset indrunt einem vierteil eis jares, der sol von deshin sin phand verloren han und mag der Jud denne da mitte tun und lan, als mit anderm sinem gut, von menglichem unbekümbert. Und wenne ouch das jar uss kumet, so söllent und mögent ouch si fridlichen und in unserm schirme und geleit als verre unser gebiet gat, ob si des begerent, mit lip und gut zichen und keren, war si wellent, von uns und von menglichem ungehindert und unbekümbert. Were ouch, das inen dennacht dehein geltschuld oder phand unvergolten oder unerlöset bi uns hinderstellig belib, das söllent und mögent si durch ir gewüssen botten vordren und ziechen nach unser Stat recht, und söllen ouch wir inen darumb denne fürderlichen und gemeinlichen heissen richten und schaffen gericht werden bi guten trüwen und ane alle geverd. Und die vorgenanten ding und gedinge alle in allen den worten, als da vor geschriben und gelütert stat, stet, vest und unzerbrochen ze haltenne, dem gentzlich gnug ze tun, noch da wider niemer me ze tunde und die vorgen. Juden, ir lip und ir gut getrüwlich ze beschirmen die vorgenante jarzal uss, verbinden wir uns und unser nachkomen den vorgenanten Juden vestenklich und kreftenklich mit kraft dies briefs. Und dirre dingen aller ze einem offennem waren urkunde und rechter gezügniss so haben wir der Schultheis, die Rete und die Burgere und die gemeinde gemeinlich unser Stat gross ingesigel für uns geheissen hengken an disen brief, der geben wart an Sant Jacobs tag, des jares do man zalt nach Cristus gebürt Thusung vierhundert und acht jar.

Original verloren; nach einer gleichzeitigen Kopie auf dem Staatsarchiv Bern.